



Artikel

Schonungslose Aufdeckung

Seite 1

Staatliche Einmischung

Seite 2

Das Scheitern einer Idee Jeder blamiert sich, so gut wie er kann

Seite 3

Seite 3

Schmarotzer

Seite 3

Nach der Krise ist vor der Krise

Seite 4

15. April 2020

Schonungslose Aufdeckung

Corona und die Schwächen des marktkonformen Gesundheitswesens

Wie schnell es gehen kann, sieht man jetzt an der Corona-Pandemie. Was gestern noch allgemein akzeptiert wurde, steht heute zumindest in Teilen der Bevölkerung in Frage. Alles, was unser heutiges Leben angeht, wurde dem Profitstreben und der Profitmaximierung untergeordnet. Selbst Fitness ist heute nicht mehr nur ein Bereich des Sports, der mit Spaß den Körper fit machen soll, sondern unterliegt dem Drang nach immer mehr



Optimierung mit dem Ziel: immer schöner, höher, besser. Das Gleiche gilt heute ebenfalls für das Gesundheitswesen. Es gab einmal eine Zeit, als das Gesundheitswesen vor allen Dingen der Gesunderhaltung bzw. der Wiedererlangung der Gesundheit diente. Im Zuge der ökonomischen Neuausrichtung hin zu

einer neoliberalen Gewinnmaximierung des gesamten Lebens wurden auch Kliniken dazu gezwungen, in erster Linie Gewinne zu machen, ansonsten wurden sie ohne großes Zögern geschlossen.

Nun trifft die Realität das Wunschenken der Mainstream-Ökonomen. Obwohl alternative Ökonomen seit mehr als 30 Jahren davor warnen, hat bisher zu der Politik und ihren Einflüsterern der Wirtschaft nicht durchdringen können, dass frei nach Hamlet, etwas faul ist im Staate.

Was da faul ist, ist in kurzen Worten nicht zu beschreiben. Beschränken wir uns auf das Thema Gesundheitswesen. Die Gesundheitspolitik muss dringend überarbeitet, ggf. geändert werden. Im deutschen Gesundheitswesen bewegen sich zurzeit pro Jahr ca. 351 Mrd. Pro Einwohner der Bundesrepublik sind das pro Monat ca.

348,- Euro. Man sollte annehmen, dass diese ungeheuer große Summe eigentlich ausreichen müsste, um eine faire und gute Gesundheitsversorgung gewährleisten zu können. Offensichtlich reicht es aber nicht oder besser gesagt, es reicht in Teilbereichen nicht aus, während andere gleichzeitig mehr als ausreichend versorgt sind. Unser Gesundheitssystem hat einige grundlegende Fehler, die behoben werden müssen. Trotzdem existieren offensichtlich noch einflussreiche Kräfte, die finanziell im System gut ausgestattet sind und jede Änderung blockieren.

Wenn wir einen Sumpf austrocknen wollen, dann sollten wir nicht die Frösche fragen. In diesem Sinne werden wir in den nächsten Wochen unsere Änderungsvorschläge zum Thema „Gesundheit“ vorstellen. Das Thema: Weg von unserer gewinnmaximierenden Versorgung hin zu einem gemeinwohlorientierten Gesundheitssystem.

Staatliche Einmischung

Sonst gemieden, wie der Teufel das Weihwasser meidet, frei nach der Devise: Rette sich, wer kann!

Man höre, lese und staune: Die leitplankenablehnenden Wirtschaftsboosse rufen in der Corona-Krise nach dem Staat. Was ist passiert?

Da gibt es doch etwas in der Natur, das sich nicht nach den Bedürfnissen der grenzlosen neoliberalen Ökonomie richtet. Das pankikverbreitende Zauberwort: Corona-Virus.

Schwarze Null? - Vorbei!

Haushaltssparkurs? - Vorbei!

Freie, grenzenlose Märkte? Vorbei!

Allergie gegen staatliche Einmischung? Vorbei!

Plötzlich und unerwartet wollen die Unternehmen, dass der Staat ihnen mit Steuergeldern großzügig unter die Arme greift. Dabei können sie gnadenlos darauf spekulieren, dass der Staat, also wir Steuerzahler, eingreifen müssen, damit so wenige Arbeitsplätze wie möglich wegfallen. Wir sind eben erpressbar.

Da hilft nur eins: zahlen und hoffen, dass die Arbeitsplätze dadurch

gerettet werden. Die gleichen Unternehmen, die in der „normalen“ Zeit sich eifrigst als Steuerzahlungsverweigerer gerieren, brauchen eben jetzt das Geld derjenigen, die Steuern zahlen, weil sie als einfache Lohn/Gehaltsempfänger kaum ausreichend Gelegenheit haben, Steuerzahlungen zu vermeiden, sind sie doch sogenannte gläserne Steuerzahler. Der Mittelstand wird als Dauermelkkuh behandelt, während sich diejenigen, die eigentlich Steuern zahlen könnten, einen schlanken Fuß durch Steuerhinterziehung oder -vermeidung machen. Das ist einfach ungerecht. Solange aber Politik zu wenig Rückgrat hat, so einen Schindluder zu verhindern, solange wird sich nichts ändern, weil wir so dumm sind, immer nur die zu wählen, die nichts ändern wollen. Wie wär's mal mit einer anderen dem Gemeinwohl verpflichteten Ökonomie? Nur Mut, wir können es schaffen.

Jeder blamiert sich eben so gut, wie er kann

Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung und die Brutalität der Wirtschaft

Dr. Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, möchte gerne, dass der derzeitige Ausnahmezustand in der Wirtschaft so schnell wie möglich beendet wird. Für ihn und seine Gesinnungsfreunde scheinen die ökonomischen Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft höher bewertet zu werden, als die körperliche Unversehrtheit und Gesundheit der Menschen. Anders ist seine Forderung nach schnellstmöglicher Beendigung der Sanktionen in der Wirtschaft nicht zu verstehen.

Nun sind wir ja gewohnt, dass Vertreter der CDU besonders unternehmerfreundlich sind.

Die Belange von Arbeitnehmern

sind natürlich in der CDU nicht gut aufgehoben. Seit Helmut Kohl hat sich in der CDU/CSU festgesetzt, dass nur eine Ökonomie, die die Unternehmen schützt und bevorzugt, die einzig wahre und effizienteste ist.

Das Ergebnis einer solchen falschen Wirtschaftspolitik liegt nicht nur bei uns klar auf dem Tisch. Die Armut in unserer Gesellschaft nimmt zu.

Auf der anderen Seite muss man einem solchen Mann wie Linnemann auch dankbar sein, da er mit seinen Forderungen, erst nach dem Einsatz von Steuermitteln für den Mittelstand und dann nach rascher Aufhebung der Beschränkungen, klar macht, welche brutale einseitige Gesinnung in ihm steckt.

Schmarotzer!!!

Es war klar, dass auch in Zeiten der Corona-Pandemie wieder Abzocker, Lügner und ähnliches Gesindel ihr Unwesen treiben.

Während sich Regierung und Opposition bemühen, in einer seit 100 Jahren nicht mehr dagewesenen Pandemie klaren Kopf zu bewahren und in einem beispiellosen Kraftakt den Menschen so etwas wie Verlässlichkeit zu vermitteln, gibt es moralisch verkommene Geisterfahrer, die auch diese Katastrophe zu ihrem Vorteil ausnutzen wollen.

Dabei ist nicht nur die Rede von denjenigen, die mit dem Leben von Kranken und ihren Helfern spielen, indem sie zum Überleben wichtige Produkte, wie zum Beispiel Schutzmasken zu Wucherpreisen anbieten. Besonders widerwärtig ist es, wenn kapitalstarke Unternehmen die Krise dazu nutzen, Mietzahlungen zurückzuhalten. Die Möglichkeit dazu ergibt sich, weil die politisch Verantwortlichen in Not geratenen Menschen die Möglichkeit geben, während der Pandemie ihre Mietzahlungen für sechs Monate zurückzuhalten, auch wenn danach alle zurückbehaltenen Mieten an die Vermieter von Wohnungen und Geschäftsräumen nachzuzahlen sind.

Was außer Profitgier veranlasst kapitalkräftige Firmen, sich so rücksichtslos zu verhalten?

Schade, dass es keinen Pranger wie im Mittelalter mehr gibt. Die Chefs dieser Schmarotzer würden eine



Zierde am Pranger sein.

Impressum:
ViSdP Joachim F. Gogoll
Herausgeber Oton für
Attac-COE.
Büro: Detmolder Straße 9
45896 Gelsenkirchen
www.attac-coe.de
Mail: jfgogoll(at)aol.com
Mobil: 0175-9505101

Das Scheitern einer Idee

Die EU ist zu einer unsolidarischen Gemeinschaft von Egozentrikern und solidarischen Krüppeln verkommen

Die EU im Ernstfallmodus, nicht erst mit Corona, sondern schon länger.

Während der Bankenkrise 2007 half die EZB durch massive Anleihekäufe den in Not geratenen Banken

und Staaten der EU. Obwohl die EZB eigentlich so etwas nicht hätte tun dürfen, waren doch alle Staaten heilfroh darüber, dass die EU-Kommission gegen derartige Gesetzesverstöße nichts unternahm und die EU mit unendlich viel Geld geflutet wurde. Das Ziel war eben, durch den massiven Einsatz der Notenpresse, Banken

nicht in Konkurs gehen zu lassen. „Too big to fail“ - zu groß um zu scheitern - so hieß es und die Banken wurden gerettet. Man wollte, dass die Wirtschaft und die privaten Kreditnehmer nicht ins Bodenlose fallen würden. Bis heute hat die große Geldmenge, die damals in den Markt gepumpt wurde, die Folge, dass Geld zurzeit im Überfluss vorhanden ist und Bankenkredite für einen Prozentsatz von 1,2% bei einer Laufzeit von 8 Jahren zu bekommen sind.

Zu diesem Zeitpunkt war die Mehrheit der EU-Länder von der Vorgehensweise der EZB und der EU-Institutionen sehr überzeugt und war von dieser Solidarität positiv angegan, zumal Staaten wie Griechenland, Portugal sowie Italien von Ratingagenturen abgewertet wurden. Damals wurden Euro-Bonds vorgeschlagen, also eine Art der Geldbeschaffung auf EU-Niveau. Diese Bonds sollten ursprünglich die abgewerteten Ökonomien davor schützen, nur noch Geld zu besonders hohen Zinsen zu bekommen. Zwar wurde schon damals nichts daraus, weil die Mehrheit der EU-Staaten die Schulden nicht auf alle

Schultern gleichmäßig verteilen wollten, aber zu dem Zeitpunkt war das durch die eigentlich verbotenen Aufkäufe von Staatsanleihen durch die EZB zu verschmerzen.

Dann kam die Flüchtlingswelle des



Jahres 2015, bei der die oberflächliche solidarische Gemeinschaft der EU zerbrach.

Seit diesem Zeitpunkt rächt sich, dass die EU sich ohne eine Veränderung ihrer Bestimmungen schnell vergrößert hat.

Seit dieser Zeit behindert das Einstimmigkeitsprinzip innerhalb der

Flüchtlingsdrama deutlich geworden.

Die Zeit der europäischen Tagträume ist längst vorbei.

Es wurde deutlich, dass die kleineren Ökonomien innerhalb der EU diese vor allen Dingen als Schutzschild vor den Casinomentalitäten der ökonomischen Supermächte USA und China benötigen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, von den ganz Großen gefressen zu werden.

Die Neumitglieder, vor allen Dingen aus dem osteuropäischen Raum, haben nach dem Ende der Comecon-Staaten vor allen Dingen wirtschaftliche Hilfe und militärischen Beistand der EU erwartet.

Länder wie Polen und Ungarn zeigen deutlich demokratische Defizite, die von der großen Mehrheit der EU-Staaten nicht akzeptiert werden können. Man erwartet dort Hilfe und Solidarität bei der finanziellen Unterstützung durch die EU, ist aber nicht bereit, ihrerseits Solidarität beim Umgang mit Flüchtlingen zeigen zu wollen. Diese Art der Entsolidarisierung deckt brutal und gnadenlos die europäische Schwäche auf.

Der Brexit und die zunehmende

Hilflosigkeit im Umgang mit der Turbo-globalisierung von Seiten der EU zeugt davon, dass die Geister, die die neoliberale Ökonomierief, nicht mehr beherrschbar sind.

Wenn wir als Bürger Europas nichts dagegen tun, wird das Er-

gebnis ein Auseinanderbrechen des größten Friedensprojektes der letzten 70 Jahre sein.

Europa wohin gehst Du? (Quo vadis?)



EU eine positive Veränderung ihrer Strukturen.

Wie weit die „Vereinigten Staaten von Europa“ von der Realität entfernt sind, ist seit dem Brexit- und

Nach der Krise ist vor der Krise

Man muss kein Prophet sein, wenn man davon ausgeht, dass nach der Krise sofort wieder neue Krisen auf dem Plan stehen. Auch in der Ökonomie.

Lippenbekenntnisse gibt es zu Hauf. Alles muss anders werden, wir müssen dringend etwas tun gegen die Verwerfungen, die uns die neoliberale Wirtschaft eingebrockt hat.

Aber schon jetzt tauchen sie wieder aus der Versenkung auf, die Prophezen einer falschen ökonomischen Ausrichtung.

Die Umweltkrisen sind zurzeit aus den Nachrichten verschwunden. Kein Wunder, Themen wie Altersarmut und Klimawandel berühren nur wenige, zumindest wenn ihnen klar gemacht werden soll, dass sie sich selbst ändern müssten, sollten sie etwas Positives bewirken wol-

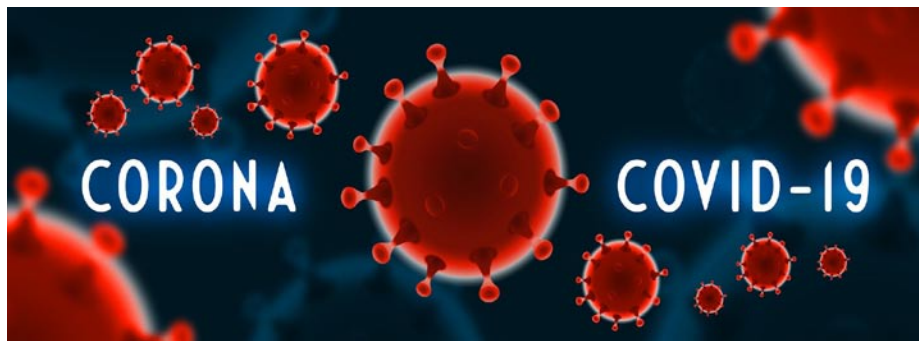
len. Das berühmte Jahr 2050, das ja so gerne als das Jahr der maximalen Veränderungen des Klimas und seiner Folgen angesehen wird, liegt für viele außerhalb ihrer Vorstellungskraft.



Bei Corona ist das anders. Mal abgesehen davon, dass so etwas für

die Menschen zum ersten Mal in ihrem Leben passiert, bedroht diese Pandemie ihr Leben sofort und nicht erst in 30 Jahren.

Und da liegt auch der Grund, dass die ebenfalls lebensbedrohenden Gefahren einer massiven Veränderung des Klimas zuzeit nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Die Bedrohung existiert weiter, wird aber als nicht so dringend empfunden. Solidarität mit den Akteuren im Kampf gegen Corona heute: ja, aber wie sieht das morgen aus? Ohne dass es zur Kenntnis genommen wurde: Im März 2020 haben wir über 50% regenerativen Strom produziert. Das ist trotz Corona eine wichtige schöne Nachricht.



Danke Corona!

Flüchtlingskrise?

Erderwärmung?

Steigende Meeresspiegel?

Klimaveränderung?

Altersarmut?

AfD nur noch 9%

aus den Augen

aus den Augen

aus den Augen

aus den Augen

aus den Augen

wie schön!!!